



26. FEBRUAR BIS ZUM 1. MÄRZ 1946 PROTOKOLL ÜBER DIE TAGUNG DES ZONENAUSSCHUSSES DER CHRISTLICH-DEMOKRATISCHEN UNION FÜR DIE BRITISCHE ZONE IN NEHEIM-HÜSTEN

Im Karolinen-Hospital zu N e h e i m–H ü s t e n fand vom 26. Februar bis zum 1. März 1946 die Tagung des Zonenausschusses der Christlich Demokratischen Union für die britische Zone statt. Die Leitung lag in den Händen von Herrn Oberbürgermeister Dr. h. c. Konrad Adenauer. Die Teilnehmerliste ist als Anlage 1 beigefügt.

Es wurde folgender Vorstand des Zonenausschusses gewählt:

Konrad Adenauer,	Köln,	Vorsitzender
Friedrich Holzapfel,	Herford,	stellvertr. Vorsitzender
Anton Storch,	Hannover,	
Carl Schröter,	Kiel,	
Christine Teusch,	Köln,	
Anton Hoppe,	Recklinghausen,	
Heinrich Rönneburg,	Wolfenbüttel.	

Zum Vertreter der CDU für die britische Zone im Zonenrat in Hamburg wurde gewählt:

Dr. Paul Otto, Osnabrück, Lieneschweg 59

zu seinem Stellvertreter

Dr. Konrad Adenauer, Köln und

zum zweiten Stellvertreter

Dr. Friedrich von Poll, Hamburg, Neuer Wall 32.

Das vom Programmausschuss des Zonenausschusses vorgelegte Programm der Union für die britische Zone wurde einstimmig angenommen. Es soll zusammen mit einem Aufruf der Öffentlichkeit übergeben werden. Im Übrigen wurden folgende Entschließungen gefasst:

- | | |
|---|----------|
| 1) EntschlieÙung zur Wirtschaftsfrage | Anlage 2 |
| 2) EntschlieÙung zur Ernährungslage | " 3 |
| 3) EntschlieÙung zur Schulfrage | " 4 |
| 4) EntschlieÙung zur Sozialversicherung | " 5 |
| 5) EntschlieÙung zur Pressefrage | " 6 |
| 6) EntschlieÙung zur Flüchtlingsfrage | " 7 |

Der Zonenausschuss richtete die in Anlage 8 und 9 beigefügten Telegramme an den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen sowie an die Direktion und den Betriebsrat der Zeche Monopol, Schacht Grimberg in Kamen.

Ferner wurde dem als Gast anwesenden Herrn Dr. Lenz aus Berlin die als Anlage 10 beigefügte Erklärung an die CDU in Berlin mitgegeben.

Köln, den 2. März 1946

Anlage 1

Anwesenheitsliste der Tagung des Zonenausschusses der CDU für die britische Zone in Neheim-Hüsten vom 26.2.–1.3.46

Zuname	Vorname	Landespartei	Anschrift
1. Adenauer	Konrad	Rheinland	Rhöndorf a.Rh.
2. Holzapfel	Friedrich	Westfalen	Herford, Goebenstr. 14
3. Teusch	Christine	Rheinland	Köln-Ehrenfeld, Schirmerstr. 29
4. Naegel	Wilhelm	Hannover	Hannover- Kirchröde, Elisabethstr. 1
5. Otto	Paul	Osnabrück	Lieneschweg 59
6. Fratzscher	Arnold	Hannover	Hannover- Kleefeld, Stephanstift

7. Blank	Christian	Hannover	Duderstadt, Christian-Blank- Str. 25
8. Storch	Anton	Hannover	Düsterstr. 39
9. Rönneburg	Heinrich	Braunschweig	Wolfenbüttel, Wilhelm-Busch- Str. 9
10. Beyrich	Franz	Hamburg	Krochmannstr. 46
11. Goetz	Heinrich	Hamburg	Lierichstr. 140
12. Ruppert (als Pressereferent der CDU)	Arthur	Hamburg	Blankenese, Frenssenstr. 90
13. Kannengiesser	Josef	Westfalen	Brackel i.W.
14. Rippel	Otto	Westfalen	Hagen i.W., Gründstr. 35
15. Hoppe	Anton	Westfalen	Herten, An der Feldhege 12
16. Lensing	Lambert	Westfalen	Dortmund, Potgasse 4/12
17. Bock	Paul	Lübeck	Lübeck, Mengstr. 62
18. von Joest	August	Rheinland	Schloss Eichholz, Post Wesseling b. Köln
19. Strunk	Heinrich	Rheinland	Essen, Grassmannstr. 9
20. Söhlmann	Fritz	Oldenburg	Ritterstr. 2/6
21. Siemer	Hermann	Oldenburg	Vechta, Landratsamt
22. Hartkopf	Richard	Detmold	Wiesenstr. 5
23. Lindgens	Hermann	Bremen	Hohenzollernstr. 10

24. Nickelsen	Adolf	Schleswig-Holstein	Kiel, Goethestr. 25
25. Schröter	Carl	dto.	Kiel, Schillerstr. 12
26. Magis	Norbert	Hannover	Gr. Hillen 36
27. Löns (Für die Geschäftsführung des Zonenausschusses)	Josef	Rheinland	Köln-Lindenthal, Leichtensternstr. 11

Anlage 2

EntschlieÙung zur Wirtschaftsfrage

65 Millionen Deutsche sind ohne ausreichende Nahrung, Wohnung, Kleidung und damit dem Elend ausgeliefert. Jeder Mensch hat ein Recht auf Leben.

Die deutsche Landwirtschaft kann höchstens 40 Millionen aus eigener Scholle ernähren. Die zur Sicherung unseres Lebens notwendigen Einfuhren können nur durch Ausfuhr deutscher Industrieerzeugnisse bezahlt werden. Die CDU weist darauf hin, dass die für die Erhaltung des deutschen Volkes notwendigen Produktionsstätten, Produktionsmittel und Rohstoffe unter Berücksichtigung der lebensnotwendigen Exportkapazität belassen und bereitgestellt werden müssen.

Die C D U bittet die Kontrollkommission unter Hinweis auf die Notlage unseres Volkes um Regelung der Kohlenversorgung, die eine Neubelebung unserer Industrie und Versorgung der Landwirtschaft mit ausreichenden Mengen von Kunstdünger und Maschinen ermöglicht.

Ferner bittet die C D U die Kontrollkommission, die bekanntgegebene Stahlproduktionsquote von 5,8 Millionen Tonnen, die für die Sicherung einer lebenserhaltenden Friedensproduktion nicht ausreicht, zu erhöhen.

Anlage 3

EntschlieÙung zur Ernährungslage

Die bedrohliche Ernährungslage in großen Teilen der Erde wird von der CDU durchaus gewürdigt. Es wird auch mit Dank anerkannt, dass England durch erhebliche Einfuhr von Nahrungsmitteln in die britische Zone die Bevölkerung bisher vor dem Schlimmsten bewahrt hat. Mit großer Sorge und ernststen Befürchtungen jedoch hat der Zonenausschuss der CDU für die britische Zone von der Herabsetzung des Ernährungssatzes

von 1500 auf 1014 Kalorien pro Kopf der Bevölkerung Kenntnis genommen. Diese Herabsetzung wird zur unausbleiblichen Folge haben, dass Millionen von Menschen in der britischen Zone schweren Schaden an Körper und Geist, wenn nicht sogar den Tod erleiden werden. Es wird hier vor allem der Kinder und der Frauen gedacht sowie des Stomes der völlig unterernährten Flüchtlinge. Durch die Herabsetzung wird ferner die deutsche Arbeitskraft in einem Masse gemindert werden, das nicht nur die Herbeiführung geordneter Zustände in der britischen Zone unmöglich machen, sondern auch die Interessen der übrigen europäischen Länder empfindlich beeinträchtigen wird, insoweit sie die Produkte der deutschen Arbeit zu ihrem eigenen Wiederaufbau benötigen. Eine höchst unerwünschte geistige Radikalisierung der Bevölkerung, das heimliche Fortleben gefährlicher und irriger Vorstellungen ist als Begleiterscheinung der Herabsetzung wahrscheinlich. Der Zonenausschuss der CDU für die britische Zone bittet deshalb die Militärregierung für die britische Zone in Erwägungen darüber einzutreten, wie eine Herabsetzung in dem vorgesehenen Masse vermieden werden kann.

Anlage 4

EntschlieÙung zur Schulfrage

Der Zonenausschuss der CDU für das britisch besetzte Gebiet fordert die ausschlaggebende Berücksichtigung des natürlichen Elternrechtes für die weltanschauliche Gestaltung der Schule; er lehnt jedes vom Totalitätsprinzip des Staates hergeleitete Schulmonopol ab. Diese Auffassung entspricht sowohl naturrechtlichen und christlichen wie auch wahrhaft demokratischen Grundsätzen.

Wir bedauern, dass, wie auf anderen Gebieten, auch auf dem Gebiete des Schulwesens, das bis 1933 durch Gesetz und durch Staatsverträge mit den beiden christlichen Kirchen bestehende und dann durch den Nationalsozialismus gebrochene Recht nicht ohne weiteres wiederhergestellt worden ist. Die jetzt vorliegende Anordnung der Militär-Regierung in der britischen Zone über die Einrichtung oder Wiedereinrichtung konfessioneller Volksschulen kann nur als ein Anfang der vollen Wiedergutmachung des durch die nationalsozialistische Regierung begangenen Unrechtes angesehen werden. Nach dem Inhalt der Anordnung ist eine Einflussnahme der politischen Parteien nicht vorgesehen und entspricht nicht dem Willen der Militär-Regierung. Deshalb bitten wir alle behördlichen Stellen, dass sie den Erziehungsberechtigten das nun notwendig gewordene Abstimmungsverfahren möglichst erleichtern und die uns bekannt gewordenen Versuche politischer Parteien, die Abstimmung zu erschweren, entschieden zurückweisen.

Im Übrigen bitten wir alle maßgebenden Stellen der Militär-Regierung und der deutschen Verwaltung, jede Neuregelung auf dem gesamten Gebiet des Schul- und Bildungswesens nur im Benehmen mit den beteiligten Volkskreisen und unter organischer Weiterentwicklung des im deutschen und christlichen Kulturleben Gewordenen und Wertvollen vor-

zunehmen; auch bei diesen Maßnahmen soll einer künftigen freien parlamentarischen Erledigung der Fragen möglichst wenig vorgegriffen werden.

Anlage 5

EntschlieÙung zur Sozialversicherung

Der Zonenausschuss der CDU hat mit Besorgnis festgestellt, dass zur Zeit Bestrebungen im Gange sind, die deutsche Sozialversicherung grundlegend umzugestalten.

Weite Kreise der Versicherten befürchten, dass organisch Gewordenes zerschlagen wird, ohne dass Besseres an dessen Stelle tritt. Die CDU gibt deshalb dem Wunsche Ausdruck, dass alle Reformpläne zurückgestellt werden, bis eine deutsche politische und wirtschaftliche Einheit geschaffen ist und die Arbeitnehmer frei und ihren Willen über die Gestaltung der Sozialversicherung bekunden können.

Anlage 6

EntschlieÙung zur Pressefrage

1. Die CDU bittet die Militär-Regierung für die britische Zone, die baldige Zulassung von politischen Zeitungen überall in der britischen Zone herbeizuführen. Die CDU erblickt in der politischen Zeitung eines der wertvollsten Mittel zur politischen Erziehung des deutschen Volkes. Die Zeitung kann aber ihre Aufgabe nur dann erfüllen, wenn die Versorgung jedes Haushaltes mit einer Zeitung sichergestellt wird. Umfang und Erscheinungshäufigkeit der Zeitung sind diesem Gesichtspunkt mit unterzuordnen.

2. Der Leser muss die freie Wahl zum Bezuge der ihm politisch zusagenden Zeitung haben. Dies geschieht am besten durch Aufruf eines Abschnittes der Haushaltskarte. So hat jede Familie die Möglichkeit, die gewünschte Zeitung zu bestellen. Durch ein solches Verfahren wird auch ein wegen Papierknappheit unerwünschter Bezug mehrerer Zeitungen verhindert.

Anlage 7

EntschlieÙung zur Flüchtlingsfrage

Der Zonenausschuss der CDU für die britische Zone befasste sich mit dem besonders vordringlichen Flüchtlingsproblem. Die heimatlosen Flüchtlinge und entlassenen Soldaten, die nicht in ihre Heimat zurück-

kehren können, haben mehr verloren als die meisten anderen Deutschen. Ihnen muss in unserem Gebiet eine neue Heimat und Existenz geschaffen werden.

Wir wenden uns an die einheimische Bevölkerung mit der Bitte, den Flüchtlingen im Geiste werktätiger Nächstenliebe jede nur mögliche Hilfe zu gewähren. Die Flüchtlinge sind auch ihrerseits ihren Gastgebern gegenüber zu praktischen Gegenleistungen verpflichtet. Die CDU bittet alle zuständigen deutschen Zivilverwaltungen um weitest gehende und sofortige Hilfe.

Auch die britische Militär-Regierung für die britische Zone wird um tatkräftige Hilfe gebeten, insbesondere

- 1) durch Bereitstellung von Baumaterialien zur Wiederherstellung von Unterkunftsräumen,
- 2) durch Bereitstellung von Holz zur Herstellung der allernotwendigsten Möbel.

Alle Maßnahmen müssten mit größter Beschleunigung durchgeführt werden.

Anlage 8

Telegramm

An den Oberpräsidenten der Provinz Westfalen, Münster i. W.

Die am 27.2. in Neheim versammelten Mitglieder des Ausschusses der Christlich Demokratischen Union sprechen Ihnen als dem Repräsentanten der Provinz Westfalen anlässlich des schweren Bergwerksunglückes in Kamen, bei dem so viele pflichtgetreue Bergleute ihr Leben verloren haben, das herzlichste Beileid aus.

Es wird Aufgabe aller berufenen Stellen, insbesondere der zuständigen Behörden sein, den Ursachen des furchtbaren Unglückes nachzuforschen und alle geeigneten Maßnahmen zu treffen, um eine Wiederholung solcher Katastrophen zu vermeiden sowie die Not der Hinterbliebenen und Verletzten zu lindern.

Konrad Adenauer

Anlage 9

Telegramm

An Direktion und Betriebsrat der Zeche Monopol, Schacht Grimberg,

K a m e n

Die Vertreter der Christlich Demokratischen Union für die britische Zone, die heute in Neheim tagen, haben mit tiefem Mitgefühl von dem furchtbaren Unglück vernommen, das so viele Bergmannsfamilien betroffen hat. Sie sprechen Leitung und Betriebsrat der Zeche Monopol sowie den Hinterbliebenen ihre innige Anteilnahme aus.

Konrad Adenauer

Anlage 10

Erklärung

Die Delegierten der CDU für die britische Zone gedenken bei ihrer heutigen (28.2.46) Tagung in Neheim-Hüsten vor allem auch ihrer Freunde in Berlin und in der russischen Zone. Sie versichern, dass sie die Arbeit und die Entwicklung der CDU in diesen Gebieten mit größtem Interesse verfolgen. Sie begrüßen, dass mit Jakob K a i s e r in Berlin wieder ein Mann an die Spitze der CDU getreten ist, dessen Verbundenheit mit dem Westen, insbesondere mit der Arbeiterschaft des Westens, ihnen mit Ernst Lemmer eine Garantie für die politische Zusammenarbeit auf gemeinsamer Basis ist.

Insbesondere stehen wir mit der CDU Berlin zusammen in der Sorge und Arbeit für das deutsche Volk und die Einheit des Reiches.

Aufruf!

Ein Schicksal ohne Beispiel ist über das deutsche Volk hereingebrochen. Nach zwei gewaltigen Kriegen innerhalb eines Menschenalters stehen wir vor einem Trümmerfeld von unabsehbaren Ausmaßen: Wertvollste Jugendkraft auf den Schlachtfeldern verblutet, zahllose Menschen verstümmelt und in Gefangenschaft, das Reich entmachtet, unsere Städte und Dörfer zerstört, Wirtschaft und Finanzen ruiniert, Millionen von Deutschen heimatlos, obdachlos, ohne Kleidung und Brot, weiteste Kreise unseres Volkes enttäuscht, verbittert, ohne jeden geistigen Halt und ohne Leitstern, der ihnen einen Weg in die Zukunft weisen könnte. Nicht alle Deutschen sind sich dessen bewusst, nicht alle Deutschen kennen den Umfang der Zerstörung unseres Landes aus eigenem Erleben, nicht alle wissen von dem Grauen, das jahrelang die Bevölkerung der am stärksten heimgesuchten Bezirke erlebte. Aber viele sind in dem

Schmelzfeuer der schweren Jahre herangereift zu innerem Widerstand gegen Lüge und Hass, zu dem Ernst, den unsere Stunde fordert. Eine ehrliche Gewissensforschung verlangt von uns gebieterisch, dass wir auch die letzte Bindung an jene Weltanschauung, an jenen Ungeist überall endgültig bekämpfen, die uns in dieses Elend geführt haben.

Wir sind verloren, wenn wir uns nicht selbst helfen. Es ist eine Lehre der Geschichte, dass ein Volk eine Katastrophe überstehen und meistern kann, wenn es den Mut zur geduldigen Arbeit und zur Wiedergewinnung des Selbstvertrauens aufbringt. Darum fort mit den Schlagworten einer überwundenen Zeit, fort mit der Lebens- und Staatsmüdigkeit! Die gleiche Not zwingt uns alle, zuzupacken. Es wäre Verrat an der eigenen Familie und am deutschen Volke, jetzt in Nihilismus oder Gleichgültigkeit abzusinken.

Die CDU ruft alle neubauwilligen Kräfte auf in dem unerschütterlichen Vertrauen auf die guten Eigenschaften des deutschen Volkes und in der unbeugsamen Entschlossenheit, den christlichen Gedanken und das hohe Ideal wahrhafter Demokratie zur Grundlage der Erneuerung zu machen. Zum ersten Male in der deutschen Geschichte finden wir uns unter Ablehnung jeglicher Zersplitterung in unserem Volke zusammen zur Union aller christlichen Demokraten. Der Ruf zur Freiheit und zum Stolz des eigenen Gewissens hat viele zum christlichen Kulturbewusstsein zurückgeführt, dessen Lebenskraft Jahrtausende überwunden und die Entwicklung der Menschheit mit ewig junger Kraft bestimmte. Die Rückbesinnung auf diese unverlierbaren Werte wird uns die Kraft geben, verschüttete Quellen zu erschließen, einen so großen und wertvollen Beitrag zum Glück und Fortschritt der Menschheit zu leisten wie jedes andere Volk.

Deutsche Männer und Frauen, kommt zu uns!

Der Zonenausschuss der Christl.-Demokratischen Union

der britischen Zone.

Folgen die Namen.

Neheim-Hüsten, den 1.3.46

Quelle: Konrad-Adenauer-Stiftung (Hrsg.), Konrad Adenauer und die CDU der britischen Besatzungszone 1946-1949. Dokumente zur Gründungsgeschichte der CDU Deutschlands, Bonn 1975, S. 122–130.